

wirken von Papst und Gesamtepiskopat rücken das Verständnis des päpstlichen Amtes bedenklich nahe an ein absolutistisches Modell heran. Daß der Papst in der Frage der Einbeziehung der kollegialen Führung nach seinem eigenen Urteil vorgehen und seine Vollmacht über die ganze Kirche jederzeit nach Gutdünken ausüben könne, „ist bisher noch in keinem einzigen kirchlichen Dokument gesagt worden“ (*J. Ratzinger, Die bischöfliche Kollegialität*, in: G. Barauna, a. a. O., S. 66). Ratzinger meint sogar in seinem Kommentar zur Nota, diese Aussage gehe noch weit über einen von Paul VI. eingebrachten Modus zum Abschnitt 22 von „Lumen gentium“ hinaus, in dem es hieß, der Papst sei bei der Berufung des Gesamtepiskopats zu einer kollegialen Handlung „uni Domino devinctus“ (einzig dem Herrn verpflichtet). Dieser Modus wurde seinerzeit von der Theologischen Kommission mit der Begründung abgelehnt, er sei „auf Grund von Klarstellungen, die anderwärts im Text erfolgt seien, überflüssig; außerdem sei die vorgeschlagene Formel ‚nimis simplicata‘, denn der Papst sei gehalten, die Offenbarung zu beachten, die wesentliche Struktur der Kirche (!), die Sakramente, die Definitionen der früheren Konzilien usw. Dies alles könne nicht aufgezählt werden. Formeln mit ‚solo‘ und ‚uno‘ seien mit größter Vorsicht anzuwenden, sonst würden sie zahllose Schwierigkeiten schaffen“ (Kommentar zur Nota, a. a. O., S. 355 f).

Den Finger auf die Wunde gelegt

Nun, „Schwierigkeiten“ waren auch schon auf Grund der ratifizierten Konzilstexte und ihrer „authentischen Interpretation“ zu erwarten. Sie waren unvermeidlich, weil die Denkrichtung der Konzilsminderheit und des Papstes im römischen Zentrum weiterhin wirksam blieb, nunmehr gedeckt durch die Autorität der konziliären Aussagen mit ihren theologischen Kompromissen und tendenziellen Verengungen. Es wurde eingangs schon gezeigt, daß die bevorstehende Bischofssynode und ihre Thematik nur auf dem Hintergrund dieser „Schwierigkeiten“ zu verstehen ist. Der Gedanke einer kollegialen Struktur des kirchlichen Führungsamtes im Ganzen war am Siege gehindert worden. Der Gedanke einer „kollegialen“ Struktur der Kirche im Ganzen konnte infolge des Streites um das Verhältnis von Papstamt und Gesamtepiskopat noch nicht einmal ernsthaft in das Blickfeld des Konzils treten (vgl. *J. Ratzinger, Die pastoralen Implikationen...*, a. a. O., S. 20, 21 und 25). Die juristische Betrachtung des Kolle-

gialitätsproblems hat noch einmal (mit der Autorität eines Konzils) die theologisch bedenkliche und, historisch gesehen, verhängnisvolle Tendenz verfestigt, die Einheit der Kirche, der ja das Zusammenwirken von Primat und Episkopat dienen soll, vornehmlich von einer perfektionistisch abgesicherten Institution her zu betrachten. Diese Optik enthält eine Reihe höchst problematischer Konsequenzen, auf die wir im einzelnen noch im nächsten Heft zurückkommen werden: die Tendenz zu einer universalen und beinahe totalen Steuerung und Verwaltung des Glaubens der Kirche durch das römische Zentrum; zugleich damit eine Akzentverschiebung auf die inhaltliche Seite des Glaubens (der *fides quae* in dem satzhaften Verständnis der römischen Schultheologie) gegenüber der existentiellen Seite (*fides qua*; allein die [so verstandene] inhaltliche Seite kann dem Versuch einer zentralen Regelung und Verwaltung offenstehen); und schließlich ein bedenklich verunklärtes Verhältnis des zentralistischen Lehramtes zur Theologie als Wahrheits-suche.

Hier ging es zunächst aber einmal darum, die konziliären Grundlagen für die Spannungen zwischen dem römischen Zentrum und der „Peripherie“ (besser: den kollegialen Teilkirchen) aufzuzeigen, und dies im Hinblick auf das Thema der kommenden Bischofssynode. Die schwere Last der Lehre des Zweiten Vatikanums über die Kollegialität mit ihrer verengten, juristischen und zentralistischen Optik dürfte nicht leicht abzubauen oder korrigierend weiterentwickelt sein. Das Suenens-Interview hat in aller Öffentlichkeit den Finger auf Wunden gelegt, die das Leben und das Zeugnis der Kirche heute schwer beeinträchtigen. Die Reaktion aus Rom bestätigt noch einmal die Richtigkeit und den drängenden Ernst dieser Analyse und Vorschläge. Wird es der Synode möglich sein, wird sie die Kraft und die innere Freiheit haben, den Buchstaben der konziliären Texte aus dem Geist zu überholen, der im Zweiten Vatikanum aufgebrochen ist und weithin zu einem gemeinschaftsförmigeren Kirchenbewußtsein geführt hat? Durch den Mut zu neuen Formen kollegialer Verantwortung und Leitung (es sind ja die Formen des apostolischen Ursprungs)? Durch das Vertrauen in die einigende Kraft des göttlichen Pneumas in der Kirche (statt in die Perfektion juristischer Klauseln)? Wohl nur so könnte das kirchliche Amt endlich die Freiheit vom Zwang einer permanenten ekklesiologischen Selbstbespiegelung erringen, die Freiheit eines neuen Sprechens von Gott und seiner Basileia.

Probleme der interamerikanischen Beziehungen

Die Reaktionen auf die Erkundungsreise des New Yorker Gouverneurs *N. Rockefeller* durch Lateinamerika wären ein lohnendes Objekt für eine Konfliktdanalyse. Bereits die Ankündigung der im Auftrag Präsident *Nixons* unternommenen Blitzbesuche in alle unabhängigen Staaten Lateinamerikas außer Kuba (es sind 23) hatte massive Protestaktionen ausgelöst. Tausende von Polizisten und Soldaten mußten dann zum Schutze *Rockefellers* und seiner Berater aufgeboten werden. Chile und Venezuela baten den Gast, aus Sicherheitsgründen (politische Erwägungen waren wohl ein ebenso starkes Motiv) den Besuch auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. An zahlreichen Orten hatte sein Auftreten nicht nur Mil-

lionenschäden zur Folge (so wurde in Buenos Aires ein Ring von Selbstbedienungsläden zerstört, der mit dem *Rockefeller-Konzern* verbunden ist), sondern forderte auch mehrere Todesopfer. Ein freundlicher Empfang wurde ihm ausgerechnet in Haiti zuteil, wo der berüchtigte Diktator *F. Duvalier* („Papa Doc“) ein hartes Regiment führt. Relative Ruhe herrschte in Paraguay und in Brasilien, wo die Regierung da *Costa e Silva* durch prophylaktische Massenverhaftungen vorgesorgt hatte. Die Reise, die auf der Suche nach einem neuen Konzept für die Lateinamerikapolitik der USA unternommen wurde, löste bei den Nachbarn im Süden nur ein ungeheures Aufwallen der stets latent vorhandenen US-Feindlichkeit aus.

Ein Parallelfall?

Sachliche Gespräche dürften zwischen den ungleichen Partnern im Augenblick kaum möglich sein. Während nämlich die Lateinamerikaner die USA zum Sündenbock für alle ihre Schwierigkeiten machen möchten, ohne sich Rechenschaft über eigene Fehlleistungen zu geben, sind die nordamerikanischen Stellen bemüht, den Rockefeller-Besuch und die damit zusammenhängenden Probleme mit Euphemismen zu übergehen. Um so dringlicher erscheint eine objektive Konfliktanalyse. Schließlich widerfuhr Nixon selbst vor elf Jahren das gleiche Schicksal. Im Auftrag Eisenhowers hatte er als Vizepräsident 1958 eine ähnliche Tour zu absolvieren, bei der er mit Anti-Yankee-Parolen empfangen, mit Eiern beworfen und angespien wurde. So wird man sich fragen, ob bei der Vorbereitung diesmal nicht mancher Fehler hätte vermieden werden können. War es nicht eine politische Fehlplanung, den Besuch gerade zu einer Zeit anzusetzen, da eine Nationalisierungswelle (natürlich zum Schaden des nordamerikanischen Kapitals) im Gange ist, die im Falle Perú seit Monaten die Beziehungen zu den USA schwer belastet? Die Rockefellers besitzen dort selbst große Ländereien, die der überraschend angekündigten Agrarreform zum Opfer fallen sollen. So wurde der Gouverneur von der Militärregierung gar nicht ins Land gelassen. Welch gravierender psychologischer Fehler es war, einen fähigen, sachkundigen und aufgeschlossenen, aber mit dem Namen und der ökonomischen Realität Rockefeller belasteten Politiker für die delikate Mission auszuwählen, macht die Reaktion des Lateinamerikanischen Christlichen Gewerkschaftsbundes (CLASC) deutlich, der die Reise als einen Akt der „Provokation auf die Würde und Souveränität der Völker Lateinamerikas“ einstufte: „Rockefeller ist der typischste Vertreter des Imperialismus des Geldes und der großen Yankee-Monopole, der den revolutionären Prozeß in Lateinamerika, durch den ein kapitalistisches System von einer humanen und kommunitären Gesellschaft abgelöst werden soll, bremsen und zerstören will“ (Noticias Aliadas, 28. 6. 69).
Erinnert man sich jedoch daran, daß Nixons Reise von 1958 zwar ebenfalls einen Ausbruch des alten „Yankee“-Hasses hervorrief, daß sie aber auch ein heilsames Erwachen der Politiker und der ganzen Bevölkerung in den USA zur Folge hatte, das schließlich zu einer Neuorientierung der Lateinamerikapolitik und 1961 zur Verkündigung der „Allianz für den Fortschritt“ führte, dann darf man hoffen, daß das „Rocky go home“ von 1969 jenen tatsächlich vorhandenen Kräften im eigenen Land den Rücken zu stärken vermag, die entgegen den üblichen Wirtschaftsinteressen und antikommunistischen Denkgewohnheiten ein neues Konzept entwickeln möchten. Die Initiative für ein solches „Konzept“ der interamerikanischen Zusammenarbeit muß wohl, wenn es glaubwürdig werden will, von den USA ausgehen, die auch die finanzielle Grundlage schaffen müssen. Nach dem berechtigten Wunsch der Lateinamerikaner müßte diese wirtschaftliche Basis auf einer Neuregelung der terms of trade beruhen. In diesem Sinne kommentierte eine venezolanische Jesuitenzeitschrift jüngst den (inzwischen vom Senat noch gekürzten) Auslandshilfeetat Nixons und die Rockefeller-Reise: „Sie [die US-Amerikaner] verkaufen uns die immer teurer werdenden Industriegüter zum Austausch gegen Rohstoffe, die immer billiger werden. Und für das, was sie uns abkaufen, legen sie mehr und mehr Restrik-

tionen fest... Darüber hinaus zwacken sie stets einen beachtlichen Brocken in der Zahlungsbilanz ab, der jährlich bei mindestens 1% zu ihren Gunsten liegt... Was ist denn diese neue Politik Nixons anders als *der alte Kolonialismus, korrigiert und verstärkt?*“ („Sic“, Juni 1969). Eines der schwierigsten Probleme der direkten Investitionshilfe wird es sein, einen Verteilungsmodus zu finden, der die Empfindlichkeiten der Empfängerländer berücksichtigt. Es fragt sich jedoch, ob die USA bereit sein werden, über multilaterale Instanzen ihre Darlehen zu geben, wenn sie dadurch an direktem Einfluß in den Empfängerländern verlieren.

Fatales politisches Erbe

Die heutige US-Feindlichkeit, die nicht auf Lateinamerika beschränkt ist, zerstört ein idealisiertes USA-Bild, wie es, als Ergebnis der erfolgreichen Kulturpropaganda, auch im deutschen Schulunterricht lange Zeit vermittelt wurde. Bei dem gegenwärtigen Umschwung wird man sich hüten müssen, nun in das andere Extrem zu verfallen und jede Maßnahme der Vereinigten Staaten als „imperialistische“ Machenschaft abzuwerten. Diese in Lateinamerika noch verständliche Haltung führt bereits in Westeuropa zu einer Fülle polemischer Publikationen. Sicher muß sich die nordamerikanische Bevölkerung darüber Rechenschaft geben, daß die Lateinamerikapolitik ihrer Regierungen seit fast 150 Jahren vornehmlich vom Eigeninteresse bestimmt war. Die Länder im Süden, die sich dieses Sachverhalts sehr bewußt sind, beschränken sich ihrerseits leider häufig auf ein bequemes Sündenbockdenken. Auch ihre eigenen Fehlhaltungen müssen korrigiert werden, wenn eine sachliche Zusammenarbeit mit dem „Koloß im Norden“ möglich werden soll.

Was sind die konkreten Ursachen für das gespannte Verhältnis zwischen Norden und Süden? Worauf beruht die traditionelle Abneigung der Lateinamerikaner gegenüber den „Yankees“?

Im Jahre 1776 erklärten die Vereinigten Staaten von Nordamerika ihre Unabhängigkeit. Bereits 1804 vollzog Haiti als erstes lateinamerikanisches Land den gleichen Schritt. Zwischen 1810 (Chile und Columbien) und 1825 (Bolivien) erreichten fast das gesamte Festland und einige Inseln die Unabhängigkeit von den iberischen Kolonialmächten. Entgegen den Einigungsbestrebungen Simón Bolívars und über kurzlebige Länderkonföderationen hinweg stellt Lateinamerika heute 24 selbständige Nationen und einige von den USA, Holland, England und Frankreich abhängige Territorien dar. Während sich die USA in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht — trotz der inneren Krisen, die auch dort nicht fehlen — zur ersten Weltmacht entwickelt haben, ist Lateinamerika nach wie vor ein „Entwicklungskontinent“ mit überwältigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und politischen Problemen. Der Nordamerikaner zieht aus diesen augenfälligen Unterschieden den Schluß, sein System sei eben das „richtige“, und so erklärt sich auch sein Überlegenheitsgefühl und Sendungsbewußtsein. Demgegenüber verfällt der Lateinamerikaner leicht dem Kurzschluß, allein der „Imperialismus“ des nördlichen Nachbarn sei an allem schuld. Er reagiert mit einem ganz eigenartigen „Nationalismus“.

Dieser Nationalismus gehört zu den wichtigsten Faktoren des politischen Lebens in Lateinamerika. Über die Nationalismen der einzelnen Länder hinaus, die sich um Grenz-

fragen und historischer Ressentiments wegen streiten, gibt es eben noch die spezifisch lateinamerikanische Form des „nacionalismo continental“, der sich aus dem gemeinsamen Kampf gegen die iberischen Kolonialmächte entwickelte, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts aber die Gegner Spanien und Portugal durch den neuen Erbfeind USA ersetzt hat. Diese Frontbildung äußert sich fast ausschließlich negativ — gegen die USA. Die Integration des Kontinents hat sie kaum gefördert, vielmehr wird diese nach außen gerichtete Solidarität durch die vielen internen Konflikte immer wieder durchbrochen. Ein deutliches Beispiel ist der im Juli dieses Jahres ausgebrochene kriegsähnliche Zustand zwischen El Salvador und Honduras, den ein Fußballspiel ausgelöst hat (zum Problem des Nationalismus vgl. R. Chávarri Porpeta, *Vecindad y enemidad de los Estados Unidos e Iberoamérica*, „Revista de Estudios Políticos“, 116/1961, S. 149—174; B. Goldenberg, *Nationalismus und Kommunismus in Lateinamerika*, „Europa-Archiv“, 15/1964, S. 549—557).

Hier sind aber auch Kräfte im Spiel, die sich einer völligen rationalen Aufklärung entziehen. Die Einwanderer in Nordamerika, von denen die Urbevölkerung faktisch ausgerottet wurde, stammten zunächst überwiegend aus westeuropäischen Ländern und verfügten über deren technologische Kenntnisse. Von großer Bedeutung war ihre calvinistische Arbeitsmoral, die stark vom Erfolg bestimmt war, eine Mentalität, in die sich die künftigen Einwanderer aus anderen Erdteilen integrierten. Der iberische Kolonialist dagegen war trotz anfänglicher Ausschreitungen gegen die indianische Urbevölkerung zur Rassenmischung bereit. Die dominierende katholische Religion, die sehr bald auch auf die Indios Einfluß gewann, war weit weniger „dynamisch“ orientiert als der Protestantismus im Norden, und der iberische Individualismus ließ sich auch weniger von Erfolgsdenken und Arbeitsdisziplin leiten. Diese psychologischen, kulturellen und religiösen Vorbedingungen sind keine unmittelbare Erklärungsursache für heutige Verhältnisse, sie spielen aber in der Geschichte des amerikanischen Kontinents eine nicht zu leugnende Rolle.

Aus der Sicht der europäischen Monarchien war sowohl die Unabhängigkeitserklärung der USA als auch der Befreiungskampf der mittel- und südamerikanischen Nationen ein revolutionärer und unrechtmäßiger Akt, der einen Restaurationsversuch zugunsten der alten Ordnung rechtfertigte. 1822 hatten die USA ihre südlichen Nachbarn als souveräne Staaten anerkannt; schließlich hatten diese wie die USA selbst aus Unzufriedenheit mit dem Kolonialregime und unter dem Vorzeichen der Aufklärungsideologie ihre Freiheit erkämpft. Um Interventionsabsichten seitens der Heiligen Allianz entgegenzutreten, verkündete Präsident J. Monroe 1823 die nach ihm benannte Monroe-Doktrin, in der es heißt, daß die Gebiete auf dem amerikanischen Kontinent, die sich für unabhängig erklärt haben, „hinfort nicht mehr Objekte für eine zukünftige Kolonisation durch irgendwelche europäischen Mächte zu betrachten“ sind. Die USA fühlten sich mit allen Vorgängen auf dem gesamten Kontinent „notwendigerweise unmittelbar verknüpft“. Jeder Eingriff in diese Hemisphäre müsse als „unfreundliche Gesinnung gegen die Vereinigten Staaten“ angesehen werden. Heute noch ist die Interpretation dieses folgenreichen Dokumentes umstritten. Während maßgebliche Historiker in der Doktrin die Reaktion auf eine ganz konkrete politische Situation erkennen, nicht jedoch von Monroe

erstellte Maximen für eine amerikanische Hegemonialmacht (so D. Perkins, *A History of the Monroe-Doctrine*, Boston/Toronto 1955), betrachten sie viele politisch engagierte Lateinamerikaner als die erste Proklamation des expansiven US-Imperialismus (so Fidel Castro in der I. Deklaration von La Habana 1960). Dieser vornehmlich für Historiker interessante Streit verliert in diesem Zusammenhang an Bedeutung, da nicht bestritten wird, daß die Monroe-Doktrin in der Folge tatsächlich über willkürliche Interpretationen und Zusätze zum Werkzeug der US-amerikanischen Wirtschafts- und Machtpolitik wurde. Perkins unterscheidet drei Phasen in der Entwicklungsgeschichte der Monroe-Doktrin. Von 1823 bis in die neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts betrieben demnach die USA eine überwiegend *defensiv-isolationistische Politik*. Diese wird abgelöst von der eigentlichen Phase des *Imperialismus*, die bis in die zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts andauert. In dieser Zeit ist die Doktrin deutlich ein imperialistisches Instrument und Symbol für Hegemonieansprüche. Die dritte Phase revidiert die willkürliche und einseitige Auslegung der Monroe-Doktrin und kehrt teilweise zu panamerikanischen Ideen zurück; unter der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts erhält diese Epoche den Namen „*Politik der guten Nachbarschaft*“.

Über den von Perkins erforschten Zeitraum hinaus wurde die Monroe-Doktrin in den fünfziger Jahren erneut akut, als die USA in Guatemala ihre Wirtschaftsinteressen bedroht und die Gefahr einer kommunistischen Regierung heraufkommen sahen (vgl. dazu H. Schatzschneider, *Die neue Phase der Monroedoktrin angesichts der kommunistischen Bedrohung Lateinamerikas*, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1957). Dieser Epoche folgte Kennedys „New Frontier“ mit der Allianz für den Fortschritt, bei der die Abwehr des Kommunismus noch immer einen tragenden Pfeiler darstellte. Die gegenwärtigen Bemühungen Nixons um eine neue Lateinamerikapolitik schließlich gehen davon aus, daß die Allianz für den Fortschritt gescheitert ist. Konkrete Fakten sollen diese Periodisierung erläutern. Die Politik der USA ließe sich dabei mehr oder weniger drastisch darstellen. Einen polemischen Überblick zum Verhältnis zwischen Nord- und Südamerika gibt beispielsweise G. Selser in castrofreundlichem Sinn, wobei schon der Titel die nordamerikanischen politischen Hilfsmittel, die Diplomatie, den „big stick“ und Dollars, nennt (*Diplomacia, Garrote y Dólares en América Latina*, Editorial Palestra, Buenos Aires 1962). Aber es genügen bereits Beispiele aus nordamerikanischen Geschichtsbüchern, um die machtpolitische Tendenz der Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu charakterisieren.

Idealisierte Expansionspolitik

Noch heute wird in den USA der amerikanisch-mexikanische Krieg von 1846—1848 glorifiziert, nicht zuletzt durch Abenteuerfilme, die von der Zensurbehörde Mexikos selten zur Einfuhr freigegeben werden. Nach diesem Krieg, ein expansionistischer Akt der USA, mußte Mexiko den Vereinigten Staaten Texas, Neu-Mexiko und Oberkalifornien abtreten. Daß diese Epoche auch nach über 100 Jahren noch nicht bewältigt ist, zeigen die Unruhen unter der etwa fünf Millionen starken mexikanischen Bevölkerung der USA, die an die „Black-Power-Bewegung“ erinnern.

Einige Jahre später unterstützten die USA die Aufstands-

bewegung Kubas gegen Spanien (dessen Kolonie die Insel zu dieser Zeit noch war), womit sie selbst gegen die Monroe-Doktrin verstießen, in der bestehende Kolonien nicht in Frage gestellt worden waren. Die Affäre führte 1898 zum kurzen spanisch-amerikanischen Krieg, der im Frieden von Paris unter anderem Kuba und Puerto Rico einbrachte. Das in die Verfassung der kubanischen Republik aufgenommene *Platt Amendment* (natürlich auf nordamerikanische Veranlassung) gewährte den USA das Interventionsrecht, „um die Unabhängigkeit Kubas zu schützen und eine stabile Regierung zu gewährleisten“. Bis hin zur Landung in der Schweinebucht 1961, mit der Kennedy durch Exilkubaner das Castro-Regime zu stürzen versuchte, lassen sich von da an immer wieder direkte oder indirekte Interventionen in Kuba nachweisen. Puerto Rico dagegen wurde nach dem Pariser Frieden an die USA „assoziiert“, stellt jedoch heute noch einen Unruheherd dar. Eine aktive Unabhängigkeitsbewegung, an der auch der einheimische Bischof von San Juan, *A. Parrilla SJ*, maßgeblich beteiligt ist, wendet sich mit Aufrufen zur Kriegsdienstverweigerung gegen die US-Regierung, weil sie die Anwesenheit nordamerikanischer Truppen als illegal und als Kolonialismus ablehnt (vgl. *Noticias Aliadas*, 3. 5. 69).

1903 sorgten die USA dafür, daß sich die Provinz Panamá von Columbien abtrennen konnte. Das Motiv war das Interesse am Kanalprojekt. Damit begann eine lange Reihe von Interventionen zur Stärkung des US-amerikanischen Einflusses in Panamá. Die Populistenbewegung von *V. R. Haya de la Torre*, die *Alianza Popular Revolucionaria Americana* (APRA) machte die „Internationalisierung des Panamá-Kanals“ und den „Kampf gegen den Yankee-Imperialismus“ 1924 zu Programmpunkten. Heute noch bemüht sich Panamá um die Ausweitung seiner sehr beschränkten Hoheitsrechte über den Kanal.

Die Abtrennung Panamás von Columbien fällt in die aus lateinamerikanischer Sicht berühmte Präsidentschaft *Theodore Roosevelts* (1901—1909). „Sprecht sanft und tragt einen großen Stock bei euch; dann werdet ihr weit kommen“, war eine seiner Devisen, die er selbst durch handfeste Eingriffe in die Belange vor allem der mittelamerikanischen Republiken und der caribischen Inseln verwirklichte. Sein berühmt gewordener Ausspruch gab der Epoche den Namen „*Big Stick Policy*“.

Motive der USA

Der uruguayische Historiker *G. Beyhaut* nennt drei Ursachen für das Entstehen des expansiven Imperialismus (Süd- und Mittelamerika II. Von der Unabhängigkeit bis zur Krise der Gegenwart. *Fischer Weltgeschichte* Band 23, Frankfurt 1965, S. 175 ff.). Der Prozeß der Erweiterung der US-amerikanischen Grenzen war im wesentlichen abgeschlossen. Das bislang dafür eingesetzte Potential an Menschen und Kapital suchte nach einem neuen Betätigungsfeld; durch Trust- und Monopolbildungen wuchs die Macht der Großunternehmen rasch an, und während ihnen im eigenen Land bedeutende Restriktionen auferlegt wurden, genossen sie im Süden mit Billigung der US-Regierung alle wünschenswerten Freiheiten. An dritter Stelle nennt *Beyhaut* ideologische Faktoren. So heißt es in einem für die damalige US-Ideologie bezeichnenden Beitrag in „*Hunt's Merchants' Magazine*“ von 1855: „So wie in der modernen Gesellschaft der

Kapitalist den Mittellosen beherrscht, werden unter den Nationen ebenfalls die Reichen die Dienste der Armen beanspruchen oder sie vernichten. Man sollte sich über die weltweite, unwiderrufliche Gültigkeit dieses Gesetzes nicht beklagen... Es ist besser, wenn auf diese Weise eine niedrigere Rasse ausstirbt und die Entwicklung einer höheren Rasse nicht behindert wird“ (zit. nach *Beyhaut*, a. a. O.). *John Fiske* veröffentlichte 1885 das vielzitierte „*Manifest Destiny*“, ein Werk, in dem die Expansionspolitik der USA als unabänderliche Notwendigkeit dargestellt wird. Andere Autoren dieser Zeit sahen einen engen Zusammenhang zwischen der christlichen und zivilisatorischen Missionsaufgabe bei „minderwertigen“ Völkern und der militärischen und handelspolitischen Ausdehnung. Daß offenbar auch heute noch selbst unter nordamerikanischen Missionsgeistlichen ein Sendungsbewußtsein für den American way of life ausgeprägt ist, hat *I. Illich* 1967 zum Entsetzen der nordamerikanischen Kirchen dargelegt. Das Echo auf diesen pointierten Angriff in den USA zeigte nicht zuletzt, daß man sich dort des Problems am wenigsten bewußt gewesen ist (vgl. *Herder-Korrespondenz* 21. Jhg., S. 166 ff. und ds. Jhg., S. 341). Doch zurück zur Vergangenheit. Um die Jahrhundertwende gewannen die großen Handelsgesellschaften zunehmend Einfluß auf die politischen Geschehnisse, so daß man die Zeit der weniger brutal eingreifenden Roosevelt-Nachfolger als die Epoche des „*Dollarimperialismus*“ bezeichnete. Dieser Begriff wurde auch noch gegenüber der Kennedy- und der Nixonadministration als Vorwurf gebraucht. Als das bekannteste Beispiel für die Verquickung von Kapital und Politik gilt die berühmte *United Fruit Company*, die sich 1899 durch Zusammenschluß verschiedener Gesellschaften konstituierte und im Laufe der Zeit durch Bestechung und Anzettelung von Revolutionen zum mächtigsten politischen Faktor Mittelamerikas wurde. Heute noch ist die *United*, die zum Gegenstand vielfältiger Literatur geworden ist (das bekannteste Beispiel sind die Werke des guatemalteckischen Diplomaten und Nobelpreisträgers *Miguel Ángel Asturias*), einer der mächtigsten Trusts in Mittelamerika. Die Besetzung Nicaraguas (1912—1925), Haitis (1915 bis 1924) und der Dominikanischen Republik (1916 bis 1924) sind nur drei der vielen weiteren Beispiele für massive Interventionen mit Hilfe der Marineinfanterie. Die Reihe direkter und indirekter Eingriffe ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Manche Autoren sind noch immer der Meinung, angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Lateinamerikas sei für diese Länder „eine direkte nordamerikanische Militär- und Kolonialverwaltung in jedem Fall besser als eine Regierung durch abgebrühte Erpresser und Peiniger“ (so *St. Andreski*, *Parasitism and Subversion. The Case of Latin America*, Weidenfeld and Nicolson, London 1966, S. 278, zit. nach *G. Kable*, *Literaturbericht über die Geschichte Lateinamerikas*, „*Historische Zeitschrift*“, Sonderheft 3, 1969, S. 505). So braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn die Besetzung der Dominikanischen Republik 1965 unter Johnson von Linksgruppen mit dem Einfall sowjetischer Truppen in die ČSSR verglichen wird.

„Politik der guten Nachbarschaft“

Heftige Reaktionen aus Lateinamerika auf ihre Politik erfuhren die USA schon zu Beginn des Jahrhunderts. Unter den Nachfolgern des ersten Roosevelt kamen der

politischen Führung starke Bedenken, die unter der Präsidentschaft Hoovers eine Neuorientierung anbahnen halfen. Unter *Franklin D. Roosevelt* (1933—1945), Hoovers Nachfolger, wird die „Politik der guten Nachbarschaft“ proklamiert, deren Wirkungen aber bereits früher spürbar wurden (*B. Wood, The Making of the Good Neighbor Policy*, Columbia University Press, New York/London 1961, setzt diese Epoche für 1926—1943 an). Den „rechtlichen Schlußstrich unter die interventionistische Phase der Monroedoktrin“ (Schatzschneider, a. a. O., S. 12) setzen die USA 1936 durch die Unterzeichnung einer Erklärung der Panamerikanischen Konferenz in Buenos Aires, in der jede Form von Intervention verurteilt wird. Der Gesinnungswandel ging jedoch nicht so weit (Beyhaut, a. a. O., S. 181 f.), „daß die nordamerikanische Regierung die (dank nordamerikanischer Interventionen und Hilfeleistungen an die Macht gekommenen) Diktatoren karibischer Länder nun fallenließ oder die Auslandstätigkeit gewisser nordamerikanischer Firmen einer Kontrolle unterwarf“.

Die bereits 1890 begründete Panamerikanische Union erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg eine festere Gestalt. Als die „Organisation Amerikanischer Staaten“ (OAS) wurde sie zu einer autonomen regionalen Organisation der Vereinten Nationen. In der 1948 in Bogotá beschlossenen Charta der OAS bestimmt Artikel 15, daß kein Staat und keine Staatengruppe das Recht habe, sich aus welchen Gründen auch immer „in die Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen“. Eine relativierende Einschränkung steht jedoch im Artikel 19, in dem es heißt, daß „Maßnahmen zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit“ eine Intervention rechtfertigen. *B. Goldenberg* kommentiert: „Etwaige beabsichtigte Interventionen waren nun lediglich anders zu begründen“ (Lateinamerika und die Kubanische Revolution, Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1963, S. 473). Der der OAS-Charta vorausgegangene Interamerikanische Vertrag von Rio de Janeiro 1947 hatte festgelegt, daß nicht nur bei militärischer Bedrohung, sondern auch bei anderen Gefahren für Integrität und Unabhängigkeit einer amerikanischen Republik gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen seien. „Die OAS entstand unter dem Zeichen des beginnenden Kalten Krieges“ (Goldenberg, ebd.). Im Falle Guatemala wurde diese offenbar auf kommunistische Infiltration abgestimmte Klausel akut.

Mangelndes Problembewußtsein

1944 kam in Guatemala unter Beteiligung eines größeren Teils der Bevölkerung nach mehreren Militärputschen eine mehr oder weniger demokratisch gewählte Regierung an die Macht. Durch ihre einschneidenden Reformen wurde die bereits genannte United Fruit Company beeinträchtigt. Der US-Außenminister *John Foster Dulles*, der früher als Rechtsberater der United tätig gewesen war, nutzte die internen Konflikte Guatemalas geschickt aus und unterstützte einen Militärputsch, der 1954 zum Sturz der Regierung führte und den Reformen ein Ende bereitete. Es wird sich schwer entscheiden lassen, ob für Dulles die Furcht vor dem Kommunismus (die guatemalteckische Regierung war tatsächlich von Kommunisten durchsetzt) oder das Interesse am nordamerikanischen Kapital den Ausschlag gab. Seine Rechtfertigung stützte sich auf die kommunistische Gefahr. Unter offener Bezugnahme auf die Monroe-Doktrin betonte damals Dulles: „Im ver-

gangenen Jahrhundert waren Kriegsschiffe ein Symbol der Aggression gegen unsere Hemisphäre. Heute gefährdet der Apparat einer fremden politischen Partei die Unabhängigkeit und Solidarität beider Amerikas“ (zit. nach Schatzschneider, a. a. O., S. 55). Was Goldenberg den „Sündenfall des John Foster Dulles“ nennt, fand auch unter den lateinamerikanischen Politikern Widerspruch, die hier eine Verletzung der Vereinbarungen über Nichtintervention und einen Beweis für die unverändert imperialistische Gesinnung der USA zu erkennen glaubten.

In den fünfziger Jahren erkannten die Lateinamerikaner, welchen Aufschwung insbesondere Westeuropa nahm, das in den Genuß des Marshallplans gekommen war. Das ist einer der Gründe, warum den USA immer wieder die Vernachlässigung des südlichen Halbkontinents vorgeworfen wird. Tatsächlich gingen 41 % der Hilfsleistungen der USA in der Nachkriegszeit an Europa, 18 % an den Fernen Osten und 12 % in den Nahen Osten, aber nur 3 % an Lateinamerika (nach Goldenberg, a. a. O., S. 474). Aber auch im wissenschaftlichen und diplomatischen Bereich läßt sich ein Desinteresse der USA am südlichen Nachbarn nachweisen. Wohl erst die Kubakrise von 1962 hat hier aufrüttelnd gewirkt. *H. L. Matthews*, der durch das folgenreiche Interview mit dem damals noch in der Sierra Maestra kämpfenden Fidel Castro bekannt wurde, betonte noch 1960: „Nur wenige unserer Kongreßabgeordneten wissen etwas über diesen Bereich, und keiner ist ein Spezialist für Lateinamerikafragen. Während der letzten acht Jahre befand sich kein für diesen Bereich zuständiger Fachmann im Weißen Haus, um Präsident Eisenhower zu beraten.“ Die USA seien von der kubanischen Revolution überrascht worden, denn nicht ein einziger Wissenschaftler sei auf kubanische Fragen spezialisiert gewesen (*The United States and Latin America*, „International Affairs“, Vol. 37, 1961, S. 19 bis 28). Verständlicherweise exponieren sich Politiker, die um eine Wiederwahl besorgt sein müssen, auch nicht gerne durch Empfehlungen und Maßnahmen, die der Wirtschaft der USA und dem Prestige seiner politischen Führung Einbußen bringen müssen. Daß die USA auch gar nicht so sehr mit überdurchschnittlichen Diplomaten gesegnet sind, machte jüngst eine eher peinliche Affäre deutlich. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (29. 6. 69) berichtet, mußte sich der neue US-Botschafter in Buenos Aires, *J. D. Lodge*, im Senatsausschuß für Auswärtiges der üblichen „Prüfung“ unterziehen. Dabei stellte sich heraus, daß Lodge nicht einmal darüber Bescheid wußte, wie General Onganía an die Macht gekommen war. Ebenso kompromittierend war aber der Kenntnisstand des examinierenden Senators Fulbright, der „selbst nicht genau zu wissen schien, ob man nun Argentinien als Demokratie oder als Diktatur betrachten solle“. Einheitlichkeit besteht in der US-amerikanischen Lateinamerikapolitik offenbar nur in zwei Punkten: im Eintreten für amerikanische Wirtschaftsinteressen und im Kampf gegen den Kommunismus. Damit steht sehr wohl im Einklang, daß zahlreiche Militärputsche von Personen geleitet wurden, die an nordamerikanischen Militärakademien ihre Ausbildung erhalten hatten. „So ist es kein Wunder, daß die *Yankees* unpopulär wurden“, resümiert Goldenberg über die Grundlagen der US-Außenpolitik (S. 477): „Als Verfechter der freien Wirtschaft geraten sie mit denjenigen in Konflikt, die in einer staatlich gelenkten Planwirtschaft den einzigen Ausweg aus der

Unterentwicklung sehen. Als ‚Freunde der Diktatoren‘ erscheinen sie als scheinheilige Propagandisten einer angeblich freien Welt und erregen den Haß aller Demokraten. Als Exporteure ihrer eigenen Produkte werden sie zu Konkurrenten der einheimischen Industriellen Lateinamerikas und zu Widersachern der Industrialisierung des Subkontinents. Als Investoren von Kapital tragen sie zur Überfremdung der lateinamerikanischen Wirtschaften bei und erzielen hohe Profite. Als Protektoren ihrer eigenen Produzenten erwecken sie die Opposition aller Lateinamerikaner, die am Absatz ihrer Produkte auf dem nordamerikanischen Markt interessiert sind. Als Protagonisten des ‚Kapitalismus‘ werden sie zur Zielscheibe aller emotionalen Gegner dieses Systems. Als reiche und von ihrem eigenen Wert überzeugte Vertreter einer entwickelten Industriegesellschaft lösen sie Ressentiments und Minderwertigkeitsgefühle aus, die sich in Haß umsetzen.“

Die Allianz für den Fortschritt

Nach den Erfahrungen des Nixon-Besuches 1958 fand der damalige brasilianische Präsident *J. Kubitschek* bei Eisenhower Verständnis für seinen Vorschlag, ein neues Konzept der interamerikanischen Kooperation zu entwickeln. Kubitschek hatte Eisenhower eindringlich auf die anti-US-amerikanische Stimmung auf dem ganzen Subkontinent hingewiesen. Im August 1958 faßte er in der sogenannten „*Operation Panamerika*“ ein von lateinamerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern entworfenes Programm zusammen. Es ist — was heute oft vergessen wird — zur Grundlage der *Allianz für den Fortschritt* geworden.

Die offiziellen Dokumente dieser von *Kennedy* 1961 verkündeten *Allianz* zwischen Nord und Süd erinnern an die idealistischen Formulierungen in Verfassungspräambeln (*Alliance for Progress. Official Documents...*, Pan American Union, Washington 1961). Sie zeigen jedoch, daß ihre Autoren die bestehenden Probleme und die tieferliegenden Ursachen erkannt haben. Der Vorwurf der „Utopie“ ist unberechtigt, es sei denn in Hinblick auf eine Unterschätzung des Widerstandes gegen die Verwirklichung der Ziele der *Allianz*, im Norden wie im Süden. Es sollen „demokratische Institutionen“ gefördert und gestärkt werden; die wirtschaftliche und soziale Entwicklung muß ein angemessenes Pro-Kopf-Einkommen erreichen, „um die Kluft zwischen dem Lebensstandard in den lateinamerikanischen Ländern und dem, den die Industrieländer genießen, zu verringern“. Agrarreform, Beseitigung ungerechter Strukturen, angemessene Wohnung und Ernährung, Gesundheitsvorsorge, gerechte Arbeitsbedingungen, Bildungsförderung, gerechte Besteuerung, Preisstabilität, geordnete außenwirtschaftliche Beziehungen und Integration des lateinamerikanischen Kontinents waren weitere wichtige Forderungen. Diese Ziele könnten nur durch „Anstrengungen zur Selbsthilfe in jedem einzelnen Land“ erreicht werden. Zur Beschleunigung dieses Prozesses sollten die eigenen Bemühungen durch auswärtige Unterstützung gefördert werden. Die USA verpflichteten sich deshalb zu technischer und finanzieller Hilfe. Das bedeutete konkret die Bereitstellung eines „Großteils“ der auf 20 Milliarden Dollar veranschlagten Mindestsumme, mit der die wichtigsten Bedürfnisse des kommenden Jahrzehnts gedeckt werden sollten. Castro hatte 30 Milliarden US-Hilfe gefordert, was ihm als Demagogie ausgelegt wurde. Als Soforthilfe boten die Vereinigten Staaten

eine Milliarde Dollar an. „Die Länder Lateinamerikas beschließen ihrerseits“, heißt es in der „Erklärung an die Völker Amerikas“, „einen ständig wachsenden Teil ihrer eigenen Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bereitzustellen und“ — das ist der entscheidende Satz — „die Reformen durchzuführen, die nötig sind, damit alle voll an den Früchten der Allianz für den Fortschritt teilhaben können“. Die Einzelstaaten wollen „durchdachte Nationalprogramme für die Entwicklung der eigenen Wirtschaft“ aufstellen. — Kuba verweigerte die Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde, weil es die Allianz als eine Einrichtung auffaßte, deren Ziel es sei, die kubanische Revolution zu unterdrücken. Die Allianz sei ein „perfekter Ausdruck des nordamerikanischen Neoliberalismus, angepaßt an die Situation seiner Strukturkrise und geplant im Hinblick auf den kubanischen Revolutionsprozeß“, heißt es in einer castristischen Analyse aus dem Jahre ihrer Gründung (*V. Trias, El Plan Kennedy y la Revolución Latinoamericana*, Ediciones El Sol, Montevideo 1961, S. 216).

Man würde es sich zu einfach machen, heute nach dem Scheitern der *Allianz* das ganze Unternehmen als eine Fehlplanung einzustufen. Immerhin wurden unter *Kennedy*, der sich ja auf lateinamerikanische Vorarbeiten stützte, wesentliche Probleme richtig gesehen, so daß auch das noch ausstehende Nixon-Programm — unter kaum günstigeren politischen Bedingungen — nicht viel fundamental Neues bieten kann. Schon zu einer Zeit, als im Norden und im Süden Amerikas der Optimismus gegenüber der *Allianz* noch weitgehend ungetrübt war (vgl. den Symposiumsbericht, herausgegeben von *J. C. Dreier, The Alliance for Progress. Problems and Perspectives*, The John Hopkins Press, Baltimore 1963), wies *Goldenberg* auf die „Paradoxie“ der *Allianz* hin, die nicht ohne Folgen blieb. Es müsse als Widerspruch empfunden werden, daß die USA, deren Politiker in der Mehrzahl nicht mit *Kennedys* Gesinnung identifiziert werden könnten, sondern „eher konservativ als liberal“ seien und „tiefgehende soziale Reformen als sozialistisch“ verdächtigten, von den südamerikanischen Regierungen Maßnahmen verlangten, die dem eigenen Konzept zuwiderliefen. „Ein Staat, dessen Politiker in ihrer Mehrheit nach wie vor auf der Erhaltung der freien Wirtschaft beharren, schlägt den Oligarchien Lateinamerikas eine ‚sozialdemokratische‘ Revolution vor, um damit, aus Angst vor dem Tod, Selbstmord zu begehen“ (a. a. O., S. 487). Dieser Einwand hat sich auch sehr bald bestätigt; das Scheitern der *Allianz* muß aus heutiger Sicht aber auf komplexere Vorgänge zurückgeführt werden.

Eduardo Freis Empfehlungen

„Die *Allianz* ist vom Wege abgekommen“, überschrieb der chilenische Präsident 1967 einen an die politisch interessierte Öffentlichkeit der USA gerichteten Beitrag (*E. Frei Montalva, The Alliance that Lost its Way, Foreign Affairs*, Vol. 45, April 1967, S. 437—448). Völlig unpolemisch bemüht sich der christdemokratische Politiker um eine Analyse des Mißerfolgs der *Allianz*, wobei er sowohl den Nordamerikanern als auch den Lateinamerikanern ihre Fehlleistungen in deutlicher Sprache vorhält.

Einer „unheiligen *Allianz*“ der extremen Rechte und extremen Linke sei das Programm zum Opfer gefallen, betont *Frei*, der sich gerade im eigenen Land von dieser

opportunistischen Opposition massiv behindert sieht. „Die Reaktionäre, in Sorge um ihre alten Interessen, behaupten, die Allianz sei ein utopisches und unrealistisches Programm; die marxistischen Gruppen bezeichnen sie als ein Instrument des Imperialismus, das nicht geeignet sei, die erforderlichen Veränderungen hervorzubringen.“ Den Schaden trügen die Völker Lateinamerikas. „Die anfänglichen großzügigen Konzepte, Verpflichtungen und Hoffnungen gingen nach einem frühen Erfolg ihrer Programme Hand in Hand mit erneuten Angriffen auf die Demokratie, dem Verlust von Absatzmärkten für lateinamerikanische Erzeugnisse, dem Nachlassen ausländischer Investitionen, der Machtkonsolidierung ungerechter Regimes und der Hinnahme von alternativen, evolutionären Prozessen, die nur die von vielen dieser Länder benötigten revolutionären Wandlungen verzögern.“ Gute Erfolge im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen könnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die demokratischen Regierungen nicht zu konsolidieren vermochten und die strukturverändernden Maßnahmen steckengeblieben sind. Nur in ganz wenigen Fällen könne von einer wirksamen Agrarreform die Rede sein, die Erfolge bei den Steuerreformen seien noch viel unbedeutender. Trotz Ausarbeitung rationaler Programme und trotz eines besseren Verständnisses zwischen Industrienationen und Dritter Welt sei „keine Stärkung der politischen und sozialen Grundlagen für wirtschaftlichen Fortschritt in Lateinamerika“ zu verzeichnen. „Deshalb ist das Endziel der Allianz — die Schaffung gerechter, stabiler, demokratischer und dynamischer Gesellschaften — heute noch genauso weit entfernt wie vor fünf Jahren.“ Nicht nur der schwache Kapitalfluß sei dafür verantwortlich zu machen, entscheidend sei der „Mangel an einer klaren ideologischen Ausrichtung und Entschlossenheit“. Alle Mitglieder der Allianz seien verantwortlich. Daß das Volk nicht „erreicht“ sei, bezeichnet Frei als „einen der schwächsten Punkte der Allianz in politischer Hinsicht“. Weder Gewerkschaften und Studentenorganisationen noch Bauernligen und Genossenschaften seien beteiligt worden. Nationalistische und an der Erhaltung des Status quo interessierte Kräfte seien stärker gewesen als die integrierenden und an den wirklichen Interessen der Völker orientierten. Scharf wendet sich Frei gegen das lateinamerikanische Wettrüsten, das jährlich 1,5 Milliarden Dollar verschlinge, während der Kapitalstrom aus den USA zwischen 1961 und 1965 bei jährlich 1,1 Milliarden gelegen sei. Wolle man etwa die Subversion mit Überschalljägern und Fünfzig-Tonnen-Panzern bekämpfen? Die Allianz müsse in ihrer ursprünglichen Konzeption wiedererweckt werden. Die lateinamerikanischen Interessen seien am besten dadurch zu gewährleisten, daß multilaterale Instanzen mehr technische und finanzielle Verantwortung erhielten. Die finanzielle Hilfe allein — das gilt den USA — berechtige nicht dazu, ganz spezifische Strukturwandlungen zu verlangen. Gewiß seien die finanziellen Mittel der Allianz, an ihren Aufgaben gemessen, sehr dürftig; das eigentliche Problem sei aber politischer Natur: „Die Menschen unterstützen Regierungen nicht deshalb, weil sie pflichtgemäß den Direktiven dieser oder jener internationalen Organisation entsprechen; sie unterstützen sie, wenn die Regierungen ihnen eine vielversprechende politische und wirtschaftliche Alternative zu den bestehenden Frustrationen bieten, und die Hoffnung, auf eine bessere Zukunft zuzugehen.“

Soweit Eduardo Frei. Man mag sich streiten, ob die

Allianz in ihrem Konzept verfehlt war oder ob sie, wie Frei zumindest 1967 noch glaubte, nur in falsche Bahnen gelenkt worden sei. Es steht aber wohl fest, daß die Allianz den erforderlichen Schwung zur Erfüllung ihrer Aufgaben verloren hat und daß es deshalb zumindest eine psychologische Notwendigkeit ist, ein neues Programm der interamerikanischen Kooperation zu formulieren.

Aktuelle Motive des Yankee-Hasses

Wenn das Verhältnis der USA zu Lateinamerika gegenwärtig ausweglos zu sein scheint, so sind dafür in erster Linie die negativen Erfahrungen der Lateinamerikaner verantwortlich. Aber auch die permanente politische Agitation muß zur Erklärung der jüngsten emotionalen Aufwallung herangezogen werden. Fast alle Parteien, von ganz rechts bis ganz links, sind an der Anfeindung des „US-Imperialismus“ beteiligt. Die kommunistischen Parteien, insbesondere castristischer und chinesischer Provenienz, überschlagen sich förmlich in ihren Haßtiraden gegen die USA. „Treibt den Seuchengott aus!“ hieß es in der „Peking Rundschau“ (17. 6. 69) aus Anlaß des Rockefeller-Besuchs, und regelmäßig erscheinen in dieser Publikation die ungeheuerlichsten Anschuldigungen gegen die „ausbeuterischen Imperialisten“ im Norden, die als „die Wurzel allen Übels“ bezeichnet werden. In Kuba gilt der „US-Imperialismus“ nach einem Ausspruch Guevaras als „der größte Feind des Menschengeschlechtes“. Diese pausenlose Propagandawelle bleibt nicht ohne Wirkung.

Zwei weitere Momente müssen berücksichtigt werden, um die gegenwärtigen Ausbrüche des nacionalismo continental erklären zu können. Es ist zunächst die häufig ungeschickte und unadaptierte nordamerikanische Propaganda für Geburtenregelung in Lateinamerika, als deren prominentester Förderer der ehemalige Verteidigungsminister und jetzige Weltbankpräsident *R. McNamara* auftritt. Es läßt sich gewiß nicht leugnen, daß, wie McNamara das formuliert, die Nahrungsmittelverknappung eine Bedrohung des Weltfriedens bedeutet. Er übersieht aber offenbar, daß gerade die lateinamerikanische Bevölkerung aus kulturellen und psychologischen Gründen (die weit gravierender sind als etwaige konfessionell bedingte Vorbehalte) gar nicht auf eine Geburtenregelung mit den üblichen Mitteln vorbereitet ist, vor allem jene sozialen Schichten nicht, die die größten Geburtenraten aufweisen. — Im Gegensatz zu McNamara herrscht unter den lateinamerikanischen Politikern und Wirtschaftswissenschaftlern die Überzeugung vor, das wirksamste Mittel für den notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung ihrer Länder sei die Vermehrung der Bevölkerung. Dieser auch von den meisten kirchlichen Vertretern geteilte Standpunkt orientiert sich wohl zu sehr am Aspekt der Bevölkerungsdichte (die in Lateinamerika weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt) und scheint die Möglichkeiten der Nahrungsmittelproduktion zu überschätzen. (Die Frage, ob nicht auch die Verminderung der Rüstungsausgaben dem Ernährungsproblem eine wirksamere Abhilfe bringen würde, zumindest bei dem Bildungsstand, wie ihn Entwicklungsländer aufweisen, führt zu weit; McNamara wird diesen Aspekt wohl als „utopisch“ bezeichnen.) (Vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 549; *R. S. McNamara*, Übervölkerung bedroht Fortschritt in den Entwicklungsländern, in: *Amerika-Dienst*, 20. 5. 69.) Der zweite Punkt ist das kirchliche Engagement für Re-

formen und in diesem Zusammenhang die Kritik am weltwirtschaftlichen Ungleichgewicht zum Schaden der Dritten Welt. Seitdem Paul VI. in „*Populorum progressio*“ erneut den „internationalen Finanzkapitalismus“ (Abschnitt 26) angeklagt hat, nehmen die Protestschreiben, Revolutionsproklamationen und scharf formulierten Analysen von Bischofskonferenzen und mehr oder weniger repräsentativen kirchlichen Gruppen kein Ende mehr (vgl. einige Beispiele dieser im Tenor sehr unterschiedlichen Dokumente in Herder-Korrespondenz 21. Jhg., S. 511; 22. Jhg., S. 10, 54, 68, 111, 198, 212, 246, 342, 440, 560). Immer wieder gilt der „Imperialismus“ als eine der Hauptursachen für die Misere des Kontinents. Daß darin aber auch der sowjetische Imperialismus und der „Kapitalismus“ der westeuropäischen Industrienationen angesprochen wird, spielt für die Massen Lateinamerikas, deren Emotionen sich gegen den unmittelbaren Nachbarn entladen, keine große Rolle.

Rockefeller hat bei seiner Rückkehr aus Lateinamerika von der „dringenden Notwendigkeit einer Änderung unserer Politik“ gesprochen. Nixon aber steht vor einer sehr schweren Aufgabe. Am 17. Mai dieses Jahres hatten die lateinamerikanischen Außenminister im chilenischen Viña del Mar eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie ihre Forderungen an die USA darlegten. Chiles Außenminister *Gabriel Valdés* überreichte dieses Dokument am 11. Juni, begleitet von den lateinamerikanischen Botschaftern in Washington, dem Präsidenten der USA. Der Wortlaut dieser offenbar sehr weitgehenden Forderungen ist noch nicht bekanntgeworden, jedoch fiel in Valdés' Pressekonferenz die Behauptung, „für jeden Dollar, den wir von den USA bekommen, bezahlen wir fünf“ (nach „ABC“, 13. 6. 69). Dies mag eine demagogische Formulierung sein. Was damit gemeint ist, ist klar: Die Investitionen der USA bringen dem nordamerikanischen Kapital mehr Profit als den Empfängerländern, denen eigentlich geholfen werden sollte. Ob diese Relation 1:5 richtig ist, wird sich schwer nachweisen lassen. Außerdem ist zu be-

achten, daß der Kapitalabfluß sowohl durch Enteignungsmaßnahmen in Lateinamerika als auch durch Kapitalausfuhr lateinamerikanischer Unternehmer mitverursacht wird, die ihr Geld in Sicherheit sehen wollen. Das Problem bleibt aber umstritten. *C. Rama* behauptet, zwischen 1951 und 1954 hätten die USA in Lateinamerika für einen Gesamtwert von 662 Millionen Dollar investiert, im gleichen Zeitraum aber aus ihren dortigen Investitionen Gewinne im Werte von 3,276 Milliarden gezogen (Die Arbeiterbewegung in Lateinamerika, Gehlen, Bad Homburg/Berlin/Zürich 1967, S. 241). Das US-Department of Commerce veröffentlichte demgegenüber Zahlen für das Jahr 1955, nach denen in jenem Jahr 2,3 Milliarden Dollar von den USA nach Lateinamerika geflossen seien, die Rückflüsse jedoch nur 1,4 Milliarden betragen hätten, was einen Zahlungsbilanzüberschuß zugunsten der lateinamerikanischen Staaten von 900 Millionen Dollar ausmachen würde (nach *H. Stark*, *Social and Economic Frontiers in Latin America*, Dubuque 1963, S. 354 ff.). Solche Angaben sind im Sinne des Publikationsinteresses entsprechend verschlüsselt, so daß den Zahlen nicht viel mehr als ein propagandistischer Wert zukommt. Wenn sich die Frage von Kapitalzufuhr und Kapitalexport bei der Zurückhaltung der beteiligten Firmen überhaupt klären läßt, dann nur über Instanzen der UN.

Nixon hat es nach Valdés' Besuch abgelehnt, sofort mit den lateinamerikanischen Ländern en bloc zu verhandeln. Am 1. Dezember dieses Jahres beginnt jedoch in Caracas eine Außenministerkonferenz der OAS, auf der Nixon ein neues Programm vorlegen soll. Es bleibt ihm dafür wenig Zeit, und die Widerstände sind groß. Rockefeller's Bericht, die jüngsten Äußerungen des Senators *F. Church*, Vorsitzender des außenpolitischen Unterausschusses, sowie Stellungnahmen politischer und kirchlicher Gruppen bedeuten für Nixon einen Rückhalt zugunsten Lateinamerikas, sofern Nixon zu einer Gesamtüberprüfung der US-Lateinamerikapolitik überhaupt bereit und in der Lage ist.

Kurzinformationen

Die neue Ordnung des „Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR“, am 10. Juni von den Kirchenpräsidenten bzw. Landesbischofen der acht Gliedkirchen in der Stille unterzeichnet, wurde Anfang Juli 1969 veröffentlicht, nachdem die Zustimmung des Staates erlangt worden war. Sie weist einige erstaunliche Züge geistlicher Verbundenheit mit der EKD bzw. mit der Tradition der „Bekennenden Kirche“ auf. Denn sie beruft sich neben den Bekenntnisschriften der Alten Kirche und der Reformation ausdrücklich auf die „Barmer Theologische Erklärung“ vom Mai 1934, die sich bekanntlich gegen die Versuche des Nationalsozialismus wandte, über die „Deutschen Christen“ die Kirche in den Dienst menschlicher Mächte zu stellen (Opd, 10. 7. 69). Die Ordnung umfaßt 21 Artikel, deren erster es als Ziel des Bundes bezeichnet, die den Kirchen „in der DDR vorgegebene Gemeinschaft und ihre in der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR geübte Zusammenarbeit zu vertiefen“ (vgl. HK 22, 598 und 23, 109 f. und 195), aber auch in „gemeinsamer Abwehr kirchenstörender Irrlehren“ zusammenzuwirken. Artikel 2 stellt die Kanzel- und weitgehend die Abendmahlsgemeinschaft fest. Artikel 3 enthält die Bestimmung über die Selbständigkeit des Bundes, der seine Aufgaben „nach innen und außen durch eigene Organe wahrnimmt“ und somit die Rechtseinheit mit der EKD aufhebt. Trotzdem unterstreicht Art. 4 das „gemeinsame Handeln“ der Gliedkirchen des Bundes und das Bekenntnis „zu der besonderen

Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“, für die der Bund in „Mitverantwortung“ gemeinsame Aufgaben „in partnerschaftlicher Freiheit durch eigene Organe wahrnimmt“. Bischof *K. Scharf* erklärte dazu auf der „Regionalsynode-West“ der Kirche von Berlin-Brandenburg (20. bis 22. 6. 69), es könne durchaus Gottes Willen gemäß sein, daß eine Kirche auf Formen gewonnener organisatorischer Einheit unter Schmerzen verzichtet. Bewahrt sie dabei die spezifische Gemeinschaft der Christenheit, so könne sie „in der veränderten Form ihrer äußeren Gestalt ein Instrument Gottes werden, durch das er die zukünftige Einheit der menschlichen Gesellschaft in einem Kontinent oder über Kontinente hinweg herbeiführt (epd, 21. 6. 69). Die Einheit der EKD sei also nicht völlig zerbrochen. Ein Antrag der Regionalsynode wurde angenommen, wonach „zu gegebener Zeit“ die Konsequenzen aus der Unabhängigkeit des Kirchenbundes in der DDR gezogen werden sollen. Es ist an die Gründung eines analogen Kirchenbundes in der BRD gedacht, aber man hat es damit nicht eilig. — Auf der ersten Generalsynode der neu gegründeten VELKD in der DDR, die am 3. Juli 1969 in Eisenach zusammentrat, wurde der mecklenburgische Landesbischof *N. Beste* zum Leitenden Bischof, und Landesbischof *Noth*, Dresden, zu seinem Stellvertreter gewählt. Es wurde viel darüber verhandelt, worin der besondere Beitrag der Lutheraner zum Kirchenbund in der DDR liege (epd, 8. 7. 69).